



**Deutsche Jugend in Europa**

Landesverband NRW e.V.

## djoNRW Wahlprüfsteine 2022

### Inklusion

Einleitung: Für viele Menschen sind politische Zusammenhänge schwer zu verstehen, besonders aber für diejenigen, die einen erschwerten Zugang zu Politik und ihren Strukturen hat, wie zum Beispiel Kinder und Jugendliche, Nicht-Muttersprachler\*innen etc. Deswegen müssen politische Prozesse transparenter und greifbarer gemacht werden.

**Politische Zusammenhänge sind für Kinder und Jugendliche oft schwer zu verstehen. Was versteht Ihre Partei unter einer barrierearmen Politik? Und wie möchten Sie politische Prozesse für Kinder und Jugendliche transparent und greifbarer machen?**

Antworten:



Politische Zusammenhänge und Entscheidungswege sind nicht nur für Kinder und Jugendliche schwer zu verstehen, sondern auch für viele Erwachsene. Das liegt auch daran, dass viele unterschiedliche Anliegen und Sichtweisen einbezogen und abgewogen werden müssen, damit Lösungsansätze mehrheitsfähig und langfristig tragbar sind. Politische Bildung ist entscheidend dafür, politische Entscheidungsprozesse verstehen und nachvollziehen zu können. Aber auch eigenes politisches Engagement hilft dabei, die Praxis von Politikgestaltung zu verinnerlichen. Wir ermutigen alle jungen Menschen, früh Mitverantwortung zu übernehmen und sich aktiv einzubringen. Dazu gibt es viele verschiedene Möglichkeiten: in den Jugendorganisationen von Parteien, Gewerkschaften und Kirchen oder anderen themenbezogenen Initiativen.



Politische Zusammenhänge sind für junge Menschen oft schwer nachzuvollziehen, denn sie sind meist von Erwachsenen für Erwachsene gemacht. Politik und Partizipation müssen aber in ihrer Lebenswelt verankert sein. Dazu kommen Barrieren wie Bildungsferne, Armut, Migrationshintergrund, Behinderung usw. Diese strukturellen Barrieren gilt es abzubauen und passgenaue Angebote für politische Bildung aufzubauen, die in der Kita beginnt und sich innerhalb und außerhalb der Schule fortsetzt. Das Fach SoWi gehört wieder in den Stundenplan und es braucht mehr Infos in leichter Sprache. Uns geht es aber nicht nur um alters- und zielgruppengerechte Politikvermittlung, sondern auch darum, junge Menschen zu befähigen, sich ihre eigene Meinung zu bilden, zu partizipieren und selbstbestimmt zu handeln. Wir werden mit ihnen gemeinsam eine Strategie mit niedrighschwelligem Beteiligungsformaten entwickeln und einen Jugendcheck etablieren. Jugendbeteiligung gehört verbindlich in die Gemeindeordnung.





**Deutsche Jugend in Europa**  
Landesverband NRW e.V.



Über Angebote der politischen Bildung wollen wir Kindern und Jugendlichen vertiefte Einblicke in politische Prozesse und Zusammenhänge bieten und Lust auf Beteiligung und Mitbestimmung machen. Einblicke in die Politik erhalten Kinder und Jugendliche vor allem durch aktives Mitgestalten. Darum wollen wir die Kommunen beim Auf- und Ausbau von kommunaler Kinder- und Jugendpartizipation unterstützen. Kinder und Jugendliche sollen das verbindliche Recht erhalten, an Planungen und Vorhaben mitzuwirken, die deren Interessen berühren. Auf Landesebene haben wir in Regierungsverantwortung zudem Deutschlands erstes direkt und frei gewähltes Landesjugendparlament auf den Weg gebracht, um dauerhafte Strukturen für Jugendbeteiligung gegenüber der (Landes-)Politik zu schaffen.

Wir wollen bessere, moderne Beteiligungsmöglichkeiten schaffen, damit mehr Menschen unser Gemeinwesen mitgestalten. Darum wollen wir auch das passive Wahlalter bei Kommunal- sowie das aktive Wahlrecht bei Landtagswahlen auf 16 Jahre herabsetzen. Kurzfristig wollen wir die Gemeindeordnung dahingehend ändern, dass Jugendliche ab 16 Jahren als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner Ausschüssen auf der kommunalen Ebene angehören dürfen.



Damit Kinder und Jugendliche Politik barrierearm verstehen können, braucht es neben einer guten schulischen Vermittlung auch Politikformate, die sich an Kinder und Jugendliche richten. Ein wichtiger Weg zur Vermittlung von Politik ist die Einführung von Beteiligungsformaten für Kinder und Jugendliche. Wir werden das Wahlalter für Landtagswahlen auf 16 Jahre absenken. Darüber hinaus werden wir uns für flächendeckende Kinder- und Jugendgremien in den Kommunen einsetzen, denn Kinder und Jugendliche wollen ihr Lebensumfeld und die Zukunft mitgestalten.



DIE LINKE fordert von allen Parlamenten, Regierungen und Institutionen barrierefreie Information und Teilhabe zu ermöglichen. Dazu gehören im Rahmen der Inklusion gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention

- eine systematische Überprüfung aller Landesgesetze und Verordnungen auf Konformität mit der UN-BRK

- Verbindliche Pläne auf Ebene des Landes, der Kreise und Kommunen zur Inklusion mit überprüfbaren Zielen und Fristen, ausgestattet mit genügend Ressourcen und nach Möglichkeit einem nachträglichen Teilhabebericht

- Bereitstellung von Texten in leichter Sprache als Standard

- Die Förderung von Initiativen und öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen, um auf allen Ebenen der Gesellschaft das Verständnis für Menschen mit



Behinderung zu erhöhen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu unterstützen

Unser Landtagswahlprogramm in leichter Sprache:

[https://www.dielinke-nrw.de/fileamin/lvnrw/LTW\\_2022/KWP2\\_lik\\_22\\_A5\\_2\\_bf.pdf](https://www.dielinke-nrw.de/fileamin/lvnrw/LTW_2022/KWP2_lik_22_A5_2_bf.pdf)

In der Kinderrechtskonvention ist vorgesehen, dass Kinder und Jugendliche in allen sie betreffenden Gerichts- und Verwaltungsverfahren anzuhören sind und dass ihre Meinung in allen sie betreffenden Angelegenheiten angemessen zu berücksichtigen ist. Diese Vorgabe ist in NRW längst nicht umgesetzt. DIE LINKE fordert

– In allen Ministerien, deren Angelegenheiten auch Kinder und Jugendliche betreffen, Arbeitsgruppen zur zügigen Umsetzung der Rechte von Kindern und Jugendlichen gemäß Kinderrechtskonvention in den Gesetzen und Verwaltungsverfahren ihrer jeweiligen Ressorts einrichten

– In allen Einrichtungen des Bildungs- und Erziehungswesens Kindern und Jugendlichen eine altersgemäße Mitbestimmung ermöglichen. Ein kindgerechtes Beschwerdewesen muss auch kleineren Kindern Gelegenheit geben, gegebenenfalls ihrem Missfallen an Vorgängen in der Einrichtung Gehör zu verschaffen.

– Die Elternmitbestimmung an Kindertagesstätten so ausgestalten, dass sie mindestens der

Elternbeteiligung an Grundschulen entspricht

– Das Wahlrecht für Jugendliche bei allen politischen Wahlen auf 14 Jahre herabsetzen



Wir befürworten spezielle Projekte, die die Schüler\*innen an unsere Demokratie heranführen. Außerdem soll z.B. durch den Besuch von NS-Gedenkstätten die historische Tragweite von Demokratie bewusst werden. Außerdem brauchen Kinder und Jugendliche mehr realpolitisches Mitbestimmungsrecht. Deswegen setzen wir uns für ein Wahlrecht ab 16, kommunal ab 14, ein, sowie wie die Einrichtung einer Jugendplattform, die politisch bildet und vernetzt, und Petitionen in den Landtag einbringen kann.